Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Bocholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Kratschmerstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Barrag. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 80 | Dienstag, den 20. März | Jahrgang 1928

Die Landbundhetze vor dem Reichstag.

Ernste Worte des Reichsfinanzministers.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 19. März. (Drahtb.)

Daß die Reichsregierung in Zusammenwirkung mit den Parteien tatkräftig bemüht ist, dem unleugbaren wirtschaftlichen Elend weiter Bauernkreise abzuhelfen, ist hinlänglich bekannt. Es ist daher umso demagogischer und gewissenloser, wenn die Leiter des Landbundes in solcher Weise Oel ins Feuer gießen und die Leidenschaften aufpeitschen, wie es sich jetzt in manchen Gegenden zeigt. Abgesehen von offenen Gewalttätigkeiten ist die Aufforderung zu regelrechter Steuersabotage zu verzeichnen. Auch die Rücksicht auf Wahlbedürfnisse vermag ein solches frivoles Treiben nicht zu entschuldigen. Die von dem Landbundhäuptlingen irregeleiteten Massen übersehen dabei, daß sie sich die Sympathien aller ordnungsliebenden Volksschichten verscherzen und ihrer Sache den denkbar schlechtesten Dienst erweisen. Auch die Regierung im Reich und in Preußen kann selbstverständlich diesen Wühlereien nicht mit verschränkten Armen zusehen. Denn in jedem Rechtsstaat gibt es Grenzen, die nicht straflos überschritten werden dürfen. Mit Recht wandte sich daher denn auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner Montagsrede im Reichstag mit erfreulicher Schärfe gegen die von der Landbundführung angezettelten Exzesse.

★

Sitzungsbericht.

)(**Berlin**, 19. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Loebe darauf aufmerksam, daß er am Sonnabend irrtümlich das Initiativgesetz des Reichstages über die Uebernahme der Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich, das bereits entsprechend dem Ausschußantrag abgelehnt war, nochmals zur Abstimmung gebracht habe. Es gelte natürlich der ablehnende Beschluß des Reichstages.

Das Saarzollabkommen mit Frankreich geht an den Auswärtigen und den Handelspolitischen Ausschuß, der Vertrag mit Polen über die Landarbeiter an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Die Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen bis Ende d. J. mit Ausnahme von Eisenschrott wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Eine Ausschußentschließung die die Uebernahme der durch die Besatzungsverhältnisse den Gemeinden entstandenen Polizeikosten auf das Reich verlangt, wird angenommen, ebenso eine Ausschußentschließung, den Saargängern und Elsaß-Lothringengängern wieder 14 Mark monatlich für Verheiratete, 7 Mark für Ledige zu zahlen und Hessen einen Reichszuschuß zum Rheinbrückenbau in Mainz zu gewähren.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts fortgesetzt beim Kriegslastenetat.

Abg. Dr. Schneider (D. Vpt.) bedauert, daß unsere Tributlasten immer noch nicht endgültig festgesetzt sind. Die Erwartung, daß die Transferschwierigkeiten zu einer baldigen Revision des Dawesplanes führen würden, sei leider nicht erfüllt worden. Mit aller Schärfe müsse protestiert werden gegen die Zumutung, die phantastische Summe des Londoner Ultimatums von 132 Milliarden als Endsumme anzuerkennen. Zu fordern sei die Festsetzung einer Endsumme, die weit unter 40 Milliarden liegt.

Abg. Dr. Dernburg (D.) weist auf die Höhe des Kriegslastenetats hin. Angesichts dieser Zahlen sei es nicht zu rechtfertigen, daß ein Reichsetat vorgelegt wird, der eine Prosperität der deutschen Wirtschaft vortäuscht, die tatsächlich nicht vorhanden sei. Wenn wir

eine Revision des Dawesplanes

wollen, dann müssen wir bei uns selbst anfangen und ein Ende machen mit der demagogischen Finanzpolitik, die heute bei uns getrieben wird. Wer sich als reich hinstellt, wird natürlich geschröpft. Wir Demokraten halten diese Art Finanzpolitik für verderblich. Wir können diese Finanzpolitik nicht mitmachen und nicht decken.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) fragt, bis zu welchem Stadium die früher eingeleitete

Aussprache des Reichsfinanzministers mit dem Reparationsagenten

gediehen sei und wie es mit der Endsumme stehe. Es müsse auch gefragt werden, wie es mit der Freigabe des im Ausland beschlagnahmten deutschen Eigentums steht. Die jetzt allgemein am Dawesplan geübte Kritik sei von Anfang an von den Deutschnationalen geübt worden. (Rufe: Halb und Halb).

Abg. Dr. Bredt (W. Ver.) meint, es sei sehr einfach, sich jetzt gegen den Dawesplan zu erklären. Seine Annahme wäre

ohne die Zustimmung der Deutschnationalen nicht möglich gewesen.

Gerade die deutschnational beeinflußten Regierungen hätten die Etats so aufgebläht, daß die Wirkung eine Steigerung der Daweszahlungen war.

Damit schließt die Aussprache.

Der Kriegslastenetat wird angenommen, dazu eine Entschließung zu Gunsten der elsaß-lothringischen Ruhestandsbeamten.

Der inzwischen eingegangene Ergänzungshaushalt, der das Notprogramm enthält, wird ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Der Ausschuß verlangt in einer Entschließung jährliche Nachweisungen über Festsetzung, Erlaß und Niederschlagung von Geldstrafen.

Abg. Meier-Baden (Z.) erklärt, die ganze Steuergesetzgebung der letzten Zeit sei mit unsozialem Geist erfüllt.

Abg. Dr. Crämer (D. Vpt.) weist darauf hin, daß die Haupteinnahmen des Reiches nicht aus den direkten Steuern, sondern aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben stammen. Die Lohnsteuer sollte auf eine andere Basis gestellt werden. Es zeige sich die Tendenz einer weiteren Erhöhung der Realsteuern.

Die geräuschvollen Landbunddemonstrationen,

bei denen oft mit unwahren demagogischen Behauptungen gearbeitet werde, machten oft den Eindruck, als hätten die Führer ein Vergnügen daran, die Volksseele zum Kochen zu bringen. Aus solchen bedauerlichen Ausschreitungen dürfe man aber nicht Schlüsse auf die Einstellung der gesamten Bauernschaft ziehen. Der Redner verlangt schließlich eine bessere Besoldungsregelung für die Beamtenschaft.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt eine Herabsetzung der Kosten des Finanzministeriums und eine Verminderung seines großen Verwaltungsapparates im Interesse der Steuerzahler. Die Durchführung des Bewertungsgesetzes sei ganz besonders kostspielig. Der Bewertungsbeirat mache große Karawanenreisen und

nehme dabei eine Flasche Salzsäure mit, um die Kalkhaltigkeit des Bodens zu prüfen.

(Heiterkeit!). Die kleinen Bauern müßten heute weit höhere Steuern zahlen als die Großgrundbesitzer.

Abg. Dr. Brüning (Z.) nimmt den Reichsfinanzminister gegen die Angriffe des Abgeordneten Dr. Cremer in Schutz. Die meisten dieser Angriffe treffen augenblicklich die Reichstagsbeschlüsse, die

mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei gefaßt wurden.

Bei der Lohnsteuer sei die Grenze der Vereinfachung durch die soziale Gerechtigkeit gezogen, die die Erstattung der zu viel erhobenen Steuer verlangt.

Bei der Landwirtschaft werde sich das jetzige System der Besteuerung nicht dauernd aufrecht erhalten lassen.

Jetzt werde eine wirkliche Einkommensteuer eigentlich nur bei den buchführenden Landwirten berechnet mit dem Erfolg, daß die großen Landwirte meist besser abschneiden als die Kleinbauern, bei denen das Einkommen geschätzt wird. So entstehe infolge der verschiedenartigen Behandlung der Betriebe eine unberechtigte Erregung gegen die Finanzämter bei den Bauern. Vor der Erledigung des endgültigen Finanzausgleichs könnten aber auch keine Reformversuche gemacht werden. Die Buch- und Betriebsprüfung müsse beibehalten werden, aber sie sollte sich im wesentlichen auf die großen Betriebe beschränken. Die Gehälter der im Buch- und Betriebsprüfungsdienst stehenden Beamten müßten wesentlich aufgebessert werden. Der Reichsbewertungsbeirat habe in kurzer Zeit ein gewaltiges Stück Arbeit mit gutem Erfolg geleistet.

Abg. Dr. Gerecke (Dtn.) beklagt die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, die besonders unter dem Druck der Realsteuern leide. Die Reichssteuern allein würden nicht so drückend sein. Die in Preußen durchgeführte Aufhebung der Gutsbezirke habe zu weiteren Lasten für die Bauern geführt. Die Kundgebungen der Bauernschaft im ganzen Reiche seien keineswegs künstlich aufgezogen. Die Führer hätten vielmehr alle Mühe, die erregten Bauern von unbedachten Schritten zurückzuhalten. Mit Polizeimaßnahmen könne man diese Demonstrationen nicht unterdrücken, sondern nur durch Behebung der Not. Der Vorwurf der Steuerdrückebergerei gegen den Großgrundbesitz sei ganz unberechtigt. Die Landwirtschaft wende sich nur dagegen, daß ihr die Steuern aus der Substanz abgepreßt werde. Das habe ja auch der Minister gewollt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler: Wir sind uns darüber klar, daß bei der Lohnsteuer eine Aenderung notwendig ist. Wir werden uns in nächster Zeit auch aussprechen müssen über die Frage von Zollsenkungen und über Fragen der Besitz- und Verkehrssteuern. Die Tätigkeit der Reichssteuerbeamten ist mit Recht anerkannt worden. Der tüchtigen Arbeit dieser Beamten ist zum großen Teil die Steigerung der Steuereinnahmen zu verdanken. Die Kompliziertheit der Steuerverwaltung ist in der Hauptsache dadurch verschuldet worden, daß der Reichstag in den Gesetzen jede mögliche Einzelheit regeln wollte. Wir arbeiten an der Vereinfachung des Apparates.

Die Aufhebung einer großen Zahl Finanzämter steht bevor, auch die Landesfinanzämter sollen verringert werden.

Die Buch- und Betriebsprüfung hat sich gut entwickelt. 1927 ist es uns dadurch gelungen, die internationale Verschachtelung vieler Betriebe aufzudecken zum Nutzen der Einnahmen des Reiches. Wir wollen keineswegs die Prüfer in alle mögliche Kleinbetriebe schicken. Ich bedaure selbst, daß es in diesem Etat noch nicht möglich war, den Prüfern die unbedingt nötige Gehaltsaufbesserung zu gewähren. Ich bedauere, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz nicht verabschiedet werden konnte. Wenn der Reichstag nicht beschlossen hätte, am 31. März auseinanderzugehen, so könnte jetzt schon die zweite Lesung dieses Gesetzes erledigt sein. Der Bewertungsbeirat hat durch seine tüchtige Arbeit die höchste Anerkennung verdient. Ich verüble es keinem Berufsstand, wenn er in seiner Not Demonstrationsversammlungen veranstaltet, aber unter gar keinen Umständen kann die Regierung das dulden, was in den letzten Tagen da und dort vorgekommen ist.

Vorgänge, wie sie in Pyritz vorgekommen sind, dürfen sich in einem Rechtsstaat nicht wiederholen.

(Beifall). Die Regierung wird ihre Pflicht tun, ohne Ansehen der Person, des Standes und der Organisation. Sie wird diese Pflicht mit der Festigkeit tun, auf die das Volk einen Anspruch hat, weil hier in erster Linie die Autorität des Staates angegriffen worden ist. In Pyritz handelt es sich um außerordentlich schwere Verstöße, und es tut mir leid, daß nun die armen irregeleiteten Menschen vor dem Strafrichter Dinge zu büßen haben, in die sich — ich weiß nicht durch wen — hineingehetzt worden sind.

Ich kann nur dringend warnen

vor solchen Aeußerungen, wie sie zu dem Vorsteher eines Finanzamtes gemacht wurden und die dahin gingen, man solle von Zwangsmaßnahmen Abstand nehmen, weil die Landwirte andernfalls für das Leben der Vollzugsbeamten nicht einstehen könnten. (Hört! Hört!) Ich muß dringend fordern, daß derartige wilde Redensarten unterbleiben. Ich habe die dringende Bitte an die Führer der Organisationen zu richten, die Zügel ja nicht aus der Hand zu geben, sondern mäßigend und beruhigend auf die Mitglieder einzuwirken. Die Regierung ist bereit, den vorhandenen Notständen Rechnung zu tragen und von amtswegen Steuerstundungen und — Nachlässe zu gewähren. Aber diese wilde Justiz, die kann es nicht geben.

Es kann auch nicht geduldet werden, daß in Bausch und Bogen in einem ganzen Bezirk alle Landwirte einfach erklären, wir zahlen nicht mehr!

(Zuruf rechts: Wir sind alle zahlungsunfähig!) Damit kommt man nicht aus, wir müssen mindestens die Ausgaben feststellen. Ich bin verpflichtet, meine Beamten zu schützen, und wir werden alles dazu tun. Es geht nicht an, daß meine Beamten in verschiedenen Landesteilen nur noch unter Bedrohung arbeiten können. (Beifall.)

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) nennt die jetzige Agitation des Landbundes verbrecherisch. Er verlangt Senkung der Lohnsteuer und stärkere Anziehung der Besitzsteuern.

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Feder (N.-S.) Dorsch (christl. nat. Bauernp.), Borrmann (W. Ver.) und Frau Arning (Soz.) gesprochen haben, wird die Aussprache geschlossen.

Während die Einzelabstimmungen vorgenommen werden, zweifelt Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Esser erklärt nach einer kurzen Pause, während der die Abgeordenten durch die üblichen Signale in den Saal gerufen worden sind, daß Büro sei einmütig der Auffassung, daß jetzt das Haus beschlußfähig sei.

Nach einigen Minuten bezweifelt Abg. Kube (Nat. Soz.) erneut die Beschlußfähigkeit mit der Begründung, er habe durch Zählung festgestellt, daß nur 181 Abgeordnete im Saale seien.

Vizepräsident Esser stellt demgegenüber nochmals die Beschlußfähigkeit fest.

Der Haushalt wird mit der Ausschußentschließung angenommen.

Vizepräsident Esser kommt zurück auf einen vom national-sozialistischen Abgeordneten Dr. Feder verlesenen Brief, in dem ein Petent gegen den Präsidenten Loebe den Vorwurf erhebt, er habe eine Petition nicht weitergegeben und eine Drucksache nicht verteilen lassen. Hierzu stellt Vizepräsident Esser fest, daß an diesen Beschuldigungen kein wahres Wort sei. (Rufe links: Echt völkisch!)

Präsident Loebe: Ich habe an Herrn Dr. Feder die Frage zu richten, ob er nach dieser Aufklärung nicht von der Rednertribüne aus seine Beschuldigung zurücknehmen will.

Abg. Dr. Feder (Nat. Soz.): Ich habe lediglich den Brief verlesen. Nachdem die Aufklärung gegeben ist, ist die Sache erledigt. (Stürmische Rufe links: Lump! Schwindler! Verleumder! Elender Feigling!)

Um 20,15 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen das Kriegsschädenschlußgesetz.

Gegen die Steuerstreikaufforderungen

Berlin, 19. März. Das Reichskabinett ist heute mittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie die „Voss. Ztg." wissen will, stand auf der Tagesordnung als wichtigster Punkt die Beratung von Maßnahmen gegen die Aufforderungen zum Steuerstreik und zur Steuersabotage an die Landbevölkerung. Auch die preußische Regierung erwägt nach dem genannten Blatt Maßnahmen gegen die Steuerstreikaufforderungen. Das ganze umfangreiche Material werde zur Zeit vom preußischen Justizminister geprüft, der in den nächsten Tagen im Staatsministerium berichten und seine Vorschläge machen werde.

Die „Germania" warnt den Landbund, die bisher geübte Methode fortzusetzen. Die Leidtragenden würden die Bauern selbst sein, da die jetzt für sie überall vorhandenen Sympathien bei Fortsetzung der Sabotagemethode sehr bald in ihr Gegenteil verdreht sein würden. Wir warnen dringend, so schließt das Blatt, und erwarten, daß die Regierung, die sich mit der ganzen Frage eingehend beschäftigt, gegen die Treibereien des Landbundes Front macht.

Noch Meinungsverschiedenheiten wegen des Notprogramms.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin**, 19. März. (Drahtb.)

In der Frage der Bildung des Ausschusses, der über die Verteilung der für die notleidende Landwirtschaft bestimmten Mittel zu beschließen hat, sind noch einige Schwierigkeiten aufgetaucht. So ist z. B. ein verfassungsändernder Beschluß notwendig für den Fall, daß der Ausschuß über den Termin der Reichstagsauflösung hinaus tagen sollte. Bezüglich der in sachlicher Beziehung noch zu behebenden Schwierigkeiten hat das Zentrum den Ausweg vorgeschlagen, daß der Reichsernährungsminister dem Handelspolitischen Ausschuß Richtlinien vorlegt über die Verteilung der Mittel. Diese Richtlinien sind sodann vom Ausschuß zu genehmigen.

Der interfraktionelle Ausschuß der bisherigen Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich heute nachmittag mit der Frage der Gefrierfleischeinfuhr. Es sind, wie das Nachrichtenbureau des VDZ. hört, erneut Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Kontingents entstanden. Eine neue Rücksprache unter den bisherigen Regierungsparteien wurde daher für notwendig gehalten. In der heutigen Sitzung kam es noch zu keinem Beschluß. Von einigen Parteien wurde eine Hinaufsetzung des nach der Vorlage auf 50 000 t festgesetzten Kontingents auf 70000 t beantragt. Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Probleme der Volksschule.

Die Junglehrernot. — Die Schullastenverteilung. — Wirtschaftsaufbauschulen.

Von

Johannes Brockmann, M. d. L.

In der Sitzung des Preußischen Landtages vom 16. März hat der Abgeordnete Brockmann als Sprecher der Zentrumsfraktion die Probleme der Volksschule behandelt. Die nachfolgenden Ausführungen decken sich im wesentlichen mit dem Inhalt dieser Rede.
Die Redaktion.

Die kulturellen Belange eines Volkes stehen in innigster Wechselbeziehung zu seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage. Besonders die innere und äußere Ausgestaltung unseres Schulwesens, die Erziehung und Bildung unserer Jugend kann gerade dem nicht gleichgültig sein, der um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des gesamten Volkes ernstlich besorgt ist. Je stärker die wirtschaftlichen Kämpfe sind, je tiefer das soziale Ringen ist, desto stärker müssen die geistigen Volkskräfte lebendig gemacht werden, desto bedeutungsvoller wird die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Volksschule, die die einzige Bildungsstätte für den größten Teil der deutschen Jugend ist.

Zweifellos ist die neue Lehrerbildung von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten, denn schließlich ist und bleibt die Persönlichkeit des Lehrers von letzter und entscheidender Bedeutung für den Bildungs- und Erziehungswert einer jeden Schule. Die besten Lehrer sind für unsere Schule gerade gut genug. Wir hoffen von der neuen Lehrerbildung eine bedeutsame Förderung der inneren Schularbeit. Wir begrüßen den Mut, mit dem das Ministerium an die Lösung dieses Problems herangegangen ist. Es wird allerdings im Interesse harmonischer Zusammenarbeit aller Lehrenden im Dienste am deutschen Kinde die besondere Aufgabe der Unterrichtsverwaltung sein, die in den Akademien gewonnenen neuen Bildungsmöglichkeiten mit den pädagogischen Erkenntnissen und Lebenserfahrungen der im Schuldienst stehenden Jugendbildner zu verbinden. In diesem Sinne müssen die pädagogischen Akademien Berufsbildungszentralen für die Gesamtheit der Lehrerschaft werden; über ihren engeren Aufgabenkreis der Berufsbildung hinaus müssen sie belebend und befruchtend auch auf die Berufsfortbildung der Lehrer und Lehrerinnen einwirken.

In ganz besonderem Maße gilt das mit Rücksicht auf die stellenlosen Junglehrer und Junglehrerinnen. Für diese ergeben sich leider besondere Schwierigkeiten aus der Neuordnung der Lehrerbildung. Aber gerade die Rücksicht auf die Verwirklichung ihrer ethischen und pädagogischen Werte in der Schule erfordert die dringendste Lösung dieses Problems, soll anders diese Neuordnung nicht halbes Werk bleiben. In der beruflichen und sozialen Not der stellungslosen Junglehrerinnen und Junglehrer zerbrechen die wichtigsten Voraussetzungen für ein fruchtbares erzieherisches und bildendes Wirken in der Schule. Das Junglehrerproblem kann nur als Schulproblem gesehen werden. Jede Junglehrerhilfe ist daher auch die beste Schulhilfe. 20 896 berufslose Junglehrerinnen und Junglehrer reden eine erschütternde Sprache beruflicher und sozialer Notlage. Daß sich unter diesen Menschen noch Kriegsteilnehmer befinden, ist umso bedauerlicher, als die Junglehrernot doch im wesentlichen eine Folge des verlorenen Krieges ist.

Umso ungerechter und schmerzlicher ist es, daß Preußen allein diese Kriegsfolge zu tragen hat. Durch den Verlust wertvollsten Gebietes hat Preußen den Zustrom von 12 000 Flüchtlingslehrern bewältigen müssen, die im Mutterlande in freiwerdenden Stellen untergebracht werden mußten. Zu dieser leider notwendigen Stellenminderung für die Junglehrer kommt noch der dauernde Verlust von 12 000 Stellen als Absatzgebiet in den verlorenen Provinzen hinzu.

Für den katholischen Volksteil ergibt sich daraus bezüglich der Unterbringung der Junglehrer die besondere Härte, daß die in Betracht kommenden Gebiete durchweg eine katholische Bevölkerung aufweisen, und allgemein kommt noch hinzu, daß infolge höherer Klassenfrequenz ein zahlenmäßiges Zurückbleiben der katholischen Schulstellen zu verzeichnen ist. Wir müssen daher unter Berücksichtigung dieser Umstände mit größtem Nachdruck fordern, daß bei allen Hilfsmaßnahmen auf die Beseitigung dieser Benachteiligung besonderer Wert gelegt wird. Es entspricht der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß die katholischen Junglehrer wie auch die katholischen Junglehrerinnen aus dieser Benachteiligung herauskommen. Die Tatsache, daß auf 100 evangelische Stellen 11,6 Junglehrer, auf 100 katholische Stellen 25,9 Junglehrer und auf 100 katholische Lehrerinnenstellen etwa 35,5 katholische Junglehrerinnen entfallen, zeigt die gewaltige Benachteiligung der katholischen Schule. Das Verhältnis von 5:6 zwischen evangelischen und katholischen Fortbildungszuschußempfängern und das Verhältnis von 2,6 zu 2,8 zwischen evangelischen und katholischen Hilfslehrern kann uns nicht befriedigen

angesichts der Tatsache, daß in vielen Bezirken die evangelischen Junglehrer in Berufsverbindung stehen, während die katholischen noch jahrelang auf Berufsverbindung warten müssen und dadurch gerade der katholischen Schule ein ganz besonderer Nachteil erwächst. Der gute Wille des Ministeriums zum gerechten Ausgleich soll dankbar anerkannt werden. Eine stärkere Berücksichtigung einiger bisher so schlecht bedachter Bezirke mit Hilfslehrerstellen würde vieles bessern.

Nun hat die Tatsache, daß die von den Akademien kommenden Bewerber sofort in Planstellen beschäftigt werden, in der Junglehrerschaft eine verständliche Beunruhigung hervorgerufen. Der daraus sich ergebende Nachteil in der Beschäftigungsreihenfolge muß für die Junglehrer in irgendeiner Form ausgeglichen werden. Das sollte in beschränktem Umfange durch die Schaffung von 200 neuen Hilfslehrerstellen geschehen. Wenn dieser Beschluß des Hauptausschusses des Landtags nun auch leider zu Fall gebracht worden ist, so muß doch festgestellt werden, daß damit diese Forderung nicht als erledigt angesehen werden kann. Das würde der Gerechtigkeit und der Billigkeit widersprechen. Dem trägt auch der Entschließungsantrag, den die Regierungsparteien eingebracht haben, Rechnung, der 500 neue Hilfslehrerstellen in den nächsten Etat eingestellt wissen will. Es wird aber auch außerhalb der Etatsberatung nach Möglichkeiten gesucht werden müssen, den Junglehrern gerade in dieser Beziehung zu helfen. Es ist verständlich, wenn diese angesichts all dieser Schwierigkeiten in banger Sorge um ihr ferneres Schicksal sind, wenn sie sich fragen, ob sie denn überhaupt noch in den Schuldienst gelangen. Klare Auskunft muß von der Regierung gefordert werden, ob sie gewillt ist, alle Junglehrer bestimmt im Schuldienst unterzubringen, und ob sie bei der weiteren Einrichtung von Akademien Rücksicht auf die große Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber und -bewerberinnen nehmen wird.

Das wichtigste Mittel der Junglehrerhilfe liegt in der Erhaltung der Schulstellen. Auch in diesem Zusammenhang ist die Frage der Schullastenverteilung von großer Bedeutung. Die jetzige Schullastenverteilung ist unhaltbar. Sie hat zu einer geradezu unerträglichen Belastung besonders der kleineren Schulverbände und der ländlichen Gesamtschulverbände mit vielen kleinen Schulen geführt. Das muß einen Zusammenbruch dieser Gemeinden zur Folge haben. Es fehlt nicht an zahllosen Beispielen im gesamten Preußen, wo die heutige Schullastenverteilung die Gemeinden zu Zuschlägen zu den Realsteuern bis zu 500 Prozent und mehr zwingt. Das führt die Gemeinden natürlich vielfach zu Maßnahmen, die im Interesse der Schulbildung gerade der Landjugend und Landbevölkerung außerordentlich bedauert werden müssen. Das Land bezahlt jede Staatsleistung zu seiner kulturellen Hebung mit ungeheuren Gegenwerten angesunder Volkskraft. Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß das Land in den 200 000 jungen Menschen, die es jährlich an die Städte abgibt, einen Barwert an Ernährungs- und Erziehungskosten von rund 400 Millionen Reichsmark den Städten und der Industrie gegenüber leistet. Daher ist es dringend geboten, daß gerade im Interesse der Erhaltung der Landkultur und der Landschule die Volksschullasten auf eine erträgliche Grundlage gestellt werden. Eine Erhöhung des Beschulungsgeldes wird nur geringe Abhilfe bringen. Die Uebernahme der Kosten für die Mehrstellen auf den Staat würde ein wirksameres Mittel sein.

Unter der heutigen Schullastenverteilung leidet, wie ich schon darlegte, besonders die Landschule, die als Quelle unserer Volkskraft innerlich und äußerlich besonders leistungsfähig ausgestaltet werden muß. Das ist natürlich nur möglich, wenn diese Schulen nicht unter dauerndem Lehrerwechsel zu leiden haben. Die Ursache dieses häufigen Wechsels liegt zum guten Teil in den unzulänglichen Wohnungsverhältnissen der Landlehrer. Besonders die zweiten und dritten Lehrer auf dem Lande haben darunter zu leiden. Es ist daher dringend geboten, daß bei neuen Schulbauten dem Wohnbedürfnis dieser Lehrer im weitesten Umfange Rechnung getragen wird

Es darf als erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete des Volksschulwesens begrüßt werden, daß der Landtag am 15. November vorigen Jahres das sogenannte Pflichtschulgesetz verabschiedet hat. So ist endlich der Ungleichheit, die sowohl in der Einschulung wie auch in der Entlassung der Kinder zwischen den einzelnen preußischen Provinzen bestand, beseitigt. Bekanntlich hatte man eine siebenundzwanzigfache Regelung. Das Gesetz sichert allen Kindern eine gleichmäßige Dauer des Schulbesuchs, was ohne Zweifel der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Schule zugute kommen wird.

Die Frage der gehobenen Klassen läßt es notwendig erscheinen, daß das Ministerium mehr als bisher bemüht ist, die Einrichtung gehobener Klassen zu fördern. In vielen Städten versucht man, seitens der Wirtschaftskreise, auf das siebente Volksschuljahr einen dreijährigen Aufbau zu setzen, eine sogenannte Wirtschafts-Aufbauschule, mit dem Ziele der mittleren Reife. Diese soll die Kinder in das Wirtschaftsleben einführen. Dadurch werden die Kinder gerade dem letzten Schuljahr der Volksschule mit seinem abschließenden Charakter entzogen. Das ließe sich vermeiden, wenn der Aufbau gehobener Klassen, die der mittleren Reife zustreben, besonders in den Städten ohne Mittelschulen mehr als bisher gefördert werden würde. Mit größtem Nachdruck möchte ich aber betonen, daß in diesen gehobenen Klassen der Bildungsgedanke gegenüber dem Nützlichkeitsgedanken nicht zu kurz kommt.

Parlamentarischer Abend der preußischen Staatsregierung.

)) **Berlin,** 19. März. Die preußische Staatsregierung veranstaltete heute abend in den Festräumen der Staatsoper am Platz der Republik einen parlamentarischen Abend, an dem der Reichspräsident, der Reichstagspräsident, der Landtagspräsident, sowie der Statsratspräsident, der päpstliche Nuntius Pacelli, der Reparationsagent Parker Gilbert, in Vertretung des Reichskanzlers Dr. Marx Staatssekretär Dr. Pünder, die Reichsminister Dr. Stresemann, Hergt, Dr. Köhler, Dr. Schätzl, Dr. Koch, Dr. Brauns und Groener, sämtliche Mitglieder des preußischen Landtages, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Reichsbahnpräsident Dr. Dorpmüller, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Dr. Maier, der Polizeipräsident Zörgiebel und Vertreter der in- und ausländischen Presse teilnahmen. — Ministerpräsident Braun begrüßte den Herrn Reichspräsidenten, sowie die übrigen Gäste. Musikalische Vorträge des Symphonieorchesters der Schutzpolizei Berlin umrahmten die Veranstaltung.

Die afghanischen „Erinnerungszeichen".

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 19. März. (Drahtb.)

Die Pressefehde über den Ordenssegen, den der König aus dem Morgenlande für prominente politische Persönlichkeiten in Deutschland ausgeschüttet hat, geht weiter. Die „Vossische Zeitung" will ermittelt haben, daß ungefähr 100 Orden ausgeteilt worden sind. Der König von Afghanistan habe sich nicht darauf beschränkt, dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler jenen Orden überreichen zu lassen, mit dem der afghanische Herzogtitel verbunden ist, sondern den gleichen Orden hätten auch andere Mitglieder des Kabinetts erhalten und eine niedrigere Stufe, die mit dem afghanischen Fürstentitel verbunden ist, sei an sämtliche Minister, an Mitglieder der Preußischen Regierung, an Staatssekretäre und andere Persönlichkeiten, die mit Amanullah in Berlin in Berührung kamen, verabreicht worden. Der „Vorwärts" fordert den Skalp des preußischen Staatssekretärs Weißmann und droht, daß „das Volk" einmal den neuen „Herzögen" in die Ohren rufen könnte: „Gebt die roten Purpurmäntel her, daß sie rote Fahnen werden für der Freiheit Heer!"

Wie verlautet, haben u. a. die Staatssekretäre von Schubert, Meißner, Pünder und Weißmann afghanische Auszeichnungen erhalten und als „Erinnerungszeichen" angenommen. Die Annahme der Auszeichnungen wird als Privatangelegenheit der genannten Herren angesehen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, entspricht die Behauptung, daß u. a. auch der preußische Ministerpräsident Dr. Braun einen afghanischen Orden, mit dessen Annahme die Herzogwürde verbunden sei, angenommen habe, nicht den Tatsachen. Auch die Mitteilung, daß auch der preußische Kultusminister Professor Dr. Becker einen afghanischen Orden angenommen habe, hat keinerlei sachliche Grundlage. Vielmehr habe Minister Becker die an ihn ergangene Anfrage ebenso abschlägig beantwortet wie der preußische Ministerpräsident.

Als einziger Vertreter der preußischen Regierung hat Staatssekretär Dr. Weißmann, der der Demokratischen Partei angehört, den afghanischen Orden angenommen. Die Meldung, daß Oberbürgermeister Böß ebenfalls einen Orden angenommen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Oberbürgermeister Böß ist ein solcher Orden garnicht angeboten worden.

Abg. von Guerard erkrankt.

× **Berlin,** 19. März. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Abg. von Guérard, ist seit Sonntag an einer ernsthaften Grippe erkrankt. Er hatte zeitweilig 40 Grad Fieber. Montag abend hat aber das Fieber nachgelassen und ebenso ist der Puls zurückgegangen. Es besteht aber immer noch Anlaß zu der Besorgnis, daß sich Komplikationen einstellen können.

Das katholische Volk wird niemals auf seine Schulforderungen verzichten!

Tagung des Reichsausschusses der katholischen Schulorganisation.

Von unserer Berliner Redaktion.

() **Berlin,** 19. März. (Drahtb.)

Der Reichsausschuß der katholischen Schulorganisation Deutschlands beschäftigte sich in zweitägigen Beratungen mit den Beschlüssen, die in der ersten Lesung im Bildungsausschuß des Reichstages über den Entwurf der Reichsregierung zu einem Reichsschulgesetz gefaßt worden waren. Bei diesen Besprechungen kam man zu folgenden Feststellungen:

Der am 15. Juli vorigen Jahres von der Reichsregierung veröffentlichte Entwurf für ein Reichsschulgesetz entsprach in manchen Punkten den Erwartungen der Katholiken nicht; er bildete aber eine brauchbare Grundlage für die Verhandlungen. Trotz der angestrengtesten Bemühungen der die christliche Weltanschauung vertretenden Abgeordneten, die bis an die äußerste Grenze des Tragbaren gegangen sind, ist es leider in der ersten Lesung des Bildungsausschusses nicht gelungen, zu einer Verständigung über eine Reihe von entscheidenden Punkten zu kommen. Die Anhänger der Bekenntnisschule sind gemäß dem Regierungsprogramm der Koalitionsparteien loyal auf den Boden der Gewissensfreiheit, des Elternrechts und der Toleranz getreten. Die Anhänger der weltlichen und der Gemeinschaftsschule aber lehnen es ab, die freie Entwicklungsmöglichkeit der Bekenntnisschule, so wie sie das katholische Volk aus Gewissensgründen fordern mußte, zuzugestehen und ihr dasselbe Recht zu gewähren, das sie für ihre Schulen so nachdrücklich verlangten. Gewissensfreiheit und Elternrecht wären durch die Bestimmungen illusorisch geworden, die im § 9 für den geordneten Schulbetrieb festgelegt worden waren. Durch die Annahme dieser Bestimmungen wäre die Neuerrichtung öffentlicher Bekenntnisschulen im größten Teile des Deutschen Reiches unmöglich geworden.

In den §§ 14 bis 16 wären die Rechte der Kirche nicht genügend gewahrt worden. Der Kirche muß es in erster Linie zustehen, die Gestaltung des Religionsunterrichts zu regeln und die Religionsbücher zu bestimmen. Außerdem wäre unter Verletzung der Reichsverfassung im § 20 ein Ausnahmezustand geschaffen worden, durch den Millionen Deutsche ihres Elternrechts beraubt worden wären.

Diese wie andere Punkte bedeuten eklatante Rechtsverletzungen, die durch die Haltung der Vertreter der liberalen und sozialistischen Weltanschauung verursacht worden sind. Für den katholischen Volksteil war damit das Gesetz völlig unannehmbar geworden.

In Anbetracht dieser Sachlage bringt der Reichsausschuß seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz geworden ist. Er spricht den katholischen Abgeordneten für ihre mühevolle Arbeit und für das zähe Festhalten an den katholischen Grundsätzen den wärmsten Dank aus. Die deutschen Katholiken wollen ein Reichsschulgesetz, das in Ausführung der Schulartikel der Reichsverfassung unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts die Grundlage für eine friedliche und gerechte Weiterentwicklung des deutschen Schulwesens garantiert. Sie wollen ein Reichsvolksschulgesetz, damit Schulfriede werde und die Schule ihre pädagogischen und nationalen Aufgaben erfüllen kann. Sie wollen ein Reichsvolksschulgesetz, damit nirgendwo mehr Eltern durch die Schulrechtslage in ihrem Gewissen gekränkt und verletzt werden, damit insbesondere auch überall die katholischen Eltern die Möglichkeit erhalten, ihre Kinder in katholischen Schulen erziehen zu lassen. Das katholische Volk wird die Schulfrage immer als eine der bedeutendsten Fragen der gesamten Kulturpolitik ansehen und niemals auf seine Schulforderungen, die seiner Ueberzeugung entspringen, verzichten. Es wird stets an der Forderung festhalten, daß das in der Reichsverfassung verlangte Reichsvolksschulgesetz auf dem Boden der Gewissensfreiheit und der gottgewollten Elternrechte geschaffen wird. Solange das Gesetz nicht möglich ist, werden die Katholiken auf dem Boden der jetzigen Rechtslage ihre Forderungen mit allen Mitteln durchzuführen versuchen.

Die russischen Abrüstungsvorschläge.

Graf Bernstorff tritt für sie ein.

)(**Genf,** 19. März.

Im vorbereitenden Abrüstungsausschuß hat heute nachmittag der türkische Außenminister Tewfik Ruschdy Bey eine Erklärung zur Sicherheitsfrage abgegeben, in der unter weitgehender Anerkennung des Schiedsverfahrens zur Beilegung internationaler Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren der Vorzug gegeben wird. Zur Erreichung eines heute möglichen Sicherheitsmaximums empfahl der türkische Außenminister den Abschluß von Nichtangriffspakten nach dem Muster der von der Türkei bereits mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Verträge, die bekanntlich durch die Neutralitätsverpflichtung erweitert sind. Ihre Wirksamkeit könnte dadurch noch erhöht werden, daß jede Verletzung eines solchen Vertrages im voraus als internationales Verbrechen erklärt würde. Die türkische Delegation hoffe, daß diese Verträge im Sicherheitsausschuß ebenfalls geprüft werden, und behalte sich vor, später eine ergänzende Denkschrift zu dieser Frage einzubringen.

Nachdem der türkische Außenminister noch mitgeteilt hatte, daß die Türkei auch künftig an den Arbeiten des Sicherheitskomitees teilnehmen werde, wurde eine Entschließung gefaßt, durch die dem weiteren Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees, das bekanntlich vor allem der Prüfung der deutschen Vorschläge über einstweilige Verfügungen des Rates bei Kriegsgefahr gilt, zugestimmt und der Wunsch ausgesprochen wird, daß das gesamte Material des Sicherheitskomitees den Regierungen so rechtzeitig zugestellt werde, um seine Behandlung bei der nächsten Völkerbundsversammlung zu ermöglichen.

Hierauf trat der Ausschuß in die Aussprache über die sowjetrussischen Vorschläge und den vor einem Monat vorgelegten Entwurf einer Abrüstungskonvention ein. In einer längeren Begründung dieser Vorschläge hob Litwinoff im wesentlichen folgendes hervor: Der russische Entwurf würde nach seinem Inkrafttreten bereits im ersten Jahre eine derartige Herabsetzung aller Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft bedeuten, daß damit von Anfang an die Möglichkeit bewaffneter Konflikte selbst vor der Verwirklichung der vollkommenen Abrüstung beträchtlich verringert wäre. Einzig und allein die Verwirklichung der allgemeinen, gleichzeitigen und vollständigen Abrüstung, wie sie von der sowjetrussischen Regierung vorgeschlagen wurde, könne eine befriedigende Lösung des Problems der allgemeinen Sicherheit und der Aufrechterhaltung des Friedens sicher gewährleisten. Die sowjetrussische Delegation erwarte eine Präliminarantwort, d. h. sie wolle wissen, ob der Vorbereitungsausschuß den Grundsatz der allgemeinen Abrüstung im Verlaufe von 4 Jahren annehme, und ob der Ausschuß ferner den Abrüstungsvorschlag annehme, der schon nach Verlauf des ersten Jahres den Krieg unmöglich machen würde. Diese Antwort dürfe nicht theoretisch sein, sondern müsse konkret und vollkommen klar ausfallen.

Als dritter und letzter Redner der heutigen Sitzung ergriff hierauf Graf Bernstorff das Wort, der davon ausging, daß der Gedanke einer Abrüstung bis auf die für die innere Sicherheit nötigen Kräfte bereits in den 14 Punkten Wilsons enthalten ist und daß dieses Programm Wilsons nach einer Note Lansings vom 5. November 1918 von den Alliierten als Grundlage des Friedensvertrags angenommen wurde. Die Tätigkeit des Völkerbundes inbezug auf die Abrüstung und insbesondere die des vorbereitenden Abrüstungsausschusses selbst sei allerdings bis heute in einem wesentlich bescheideneren und engeren Rahmen geblieben. Es lasse sich nicht bestreiten, daß die russischen Vorschläge in dem Geist, von dem sie getragen sind, mit den Anstrengungen des Ausschusses selbst übereinstimmen und daß sie also geeignet seien, den Arbeiten einen neuen Antrieb zu geben. Sie zeigen in vollkommener Klarheit das Endziel, zu dem wir gelangen müssen. In diesem Zusammenhang begrüße er die russischen Vorschläge sehr, die er mit größter Aufmerksamkeit geprüft habe. Er habe darin sehr interessante Gedanken gefunden, die nach seiner Auffassung dem Fortgang der Arbeiten des Ausschusses durchaus nützlich sein könnten. Wenn die russische Delegation z. B. die schrittweise Abrüstung vorschlage, so erscheine ihm daran besonders beachtenswert, daß dieser Vorschlag die verschiedenen Etappen in der Abrüstung in eine ziemlich kurze Zeitspanne zusammenfassen will. Ohne in eine Erörterung über die vorgesehene vierjährige Dauer einzutreten, halte er es doch für unerläßlich, daß diese Etappen so rasch als nur möglich aufeinander folgen. Außerdem zeige der russische Vorschlag mit aller Klarheit das bereits mit der ersten Etappe zu erreichende Ziel, nämlich die Verringerung der Möglichkeit bewaffneter Konflikte Das ist, so erklärte Graf Bernstorff, in Wirklichkeit von entscheidender Bedeutung. Die deutsche Delegation hat wiederholt erklärt, daß sie die erste Etappe nur dann als einen wirksamen Schritt zur Verwirklichung der Abrüstung betrachten kann, wenn diese Etappe eine tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen darstellt und außerdem die Verpflichtung zu weiteren rasch auf einander folgenden Etappen bringt. Ich bin mit dem russischen Vorschlag vollkommen einverstanden, der darauf abzielt, schon in der ersten Etappe die militärischen Faktoren auszuschalten, die zu einem Angriff die-nen können. Ich begrüße mit ganz besonderer Genugtuung den Vorschlag, daß dann auch die Kampfmittel, die gegen die Zivilbevölkerung angewandt werden können, einbezogen worden sind. Weiter erklärte Graf Bernstorff, daß eine Einzelberatung der russischen Vorschläge nach Abschluß der Generaldebatte im Interesse der Ausschußarbeiten liege. Diese Einzelberatung könnte nach seiner Auffassung in einer zweiten Lesung der bisherigen Ergebnisse des vorbereitenden Abrüstungsausschusses erfolgen, die, wie er unter Berufung auf eine Erklärung des Vorsitzenden in der letzten Tagung feststellte, in der gegenwärtigen Tagung vorgenommen werden könnte. Was schließlich den Einberufungstermin für die Abrüstungskonferenz betreffe, so entspreche die russische Forderung auf möglichst baldige Einberufung vollkommen der deutschen Auffassung und einem im September vergangenen Jahres von der deutschen Delegation gemachten Vorschlag. Das Ausmaß der ersten Abrüstungsetappe könne nur von der Konferenz selbst festgesetzt werden. Es sei daher nur logisch, wenn Litwinoff genau so wie er verlange, daß das Datum der Konferenz möglichst bald bestimmt werde. Die deutsche Delegation behalte sich vor, zu diesem Punkte im weiteren Verlauf der Verhandlungen unter eingehender Darlegung ihrer Stellungnahme einen Antrag einzubringen.

Nach einer kurzen Erklärung des türkischen Delegationsführers, Ruschdy Bei, der die russische Delegation als die Vertreterin „eines benachbarten und befreundeten Landes" zu ihren Vorschlägen beglückwünscht und beantragt, daß diese im Plenum und in aller Oeffentlichkeit behandelt werden, wurde die Fortsetzung der Aussprache auf morgen nachmittag vertagt.

Eine Sinowjew-Debatte im Unterhaus

:: **London,** 19. März. In der heutigen Unterhaussitzung eröffnete MacDonald die Sinowjewdebatte und brachte eine Entschließung ein, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt werden soll mit der Befugnis, Zeugen unter Eid zu vernehmen, vorzuladen und Dokumente anzufordern. MacDonald wies in seiner Rede u. a. darauf hin, daß damals jede europäische Regierung in der russischen Frage mit gefälschten Dokumenten überschwemmt worden sei und daß niemand das Original des Briefes gesehen habe. MacDonald ließ es dahingestellt sein, ob es überhaupt ein echtes Original gebe und beschwerte sich darüber, daß die Oeffentlichkeit vorsätzlich irregeführt worden sei, indem es so dargestellt wurde, als ob das damalige Arbeiterkabinett versucht habe, die Veröffentlichung zu verhindern. Er erklärte, daß eine Partei durch derartige Mittel an die Macht gekommen sei, bedeute den schwersten Schlag, der den Grundsatz demokratischer Wahlen in der Gegenwart getroffen habe. Baldwin sagte im Laufe seiner Antwort: Nach einer im Besitz der Regierung befindlichen Information hat Tschitscherin zugegeben, daß der Sinowjewbrief abgesandt wurde. Tschitscherin vermutete, daß die britische Regierung durch einen in Moskau und London begangenen Verrat in den Besitz einer Abschrift gelangt sei.

:: **London,** 19. März. Baldwin erklärte im Unterhaus weiter: Der Inhalt des Briefes, der am 25. Oktober veröffentlicht wurde, wurde bereits am 10. 10. vom Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei Großbritanniens erörtert. Der Premierminister lehnte eine Untersuchung ab, indem er erklärte, kein britisches Geheimnis ist verraten worden und der Nation sei kein schlechter Dienst erwiesen worden. Die Indiskretion ist in London erfolgt, aber nicht in amtlichen Kreisen Sie stammt in letzter Linie von der kommunistischen Partei. Sie ist in die Hände eines Geschäftsmannes der City gelangt, 48 Stunden, bevor sie die Regierung erreichte. Heute habe ich diesen Mann zum ersten Male gesprochen. Der Premierminister verlas hierauf eine Erklärung, die der betreffende Geschäftsmann Conrad Donald Imthrun ihn ermächtigt habe abzugeben, nachdem er vorher betont hatte, daß dieser Geschäftsmann keinerlei amtlichen oder politischen Charakter habe. Die Erklärung besagt zunächst, er, der Geschäftsmann, sei jetzt von einem seinem Gewährsmann gegebenen Schweigeversprechen entbunden worden. Er habe am 8. 10. 24 eine geschäftliche Besprechung mit einem anderen Geschäftsmanne gehabt, der in enger Verbindung mit kommunistischen Kreisen Englands gestanden habe. Dieser Geschäftsmann habe ihm gegenüber das Eintreffen eines außerordentlichen Briefes erwähnt, der von einem gewissen Sinowjew unterzeichnet sei, den er selbst als Apfelbaum kenne. Der Gewährsmann Baldwins erklärt, er habe um eine Abschrift gebeten, die ihm versprochen wurde, er habe die Abschrift noch am gleichen Tage erhalten. Er sei empört gewesen, daß zu einer Zeit, wo die Regierung vorschlug, Moskau gutes britisches Geld zu leihen, Moskau sich damit befaßte, in England Aufruhr anzustiften, und zwar besonders in Heer und Marine. Er habe daher beschlossen, die Tatsache der Regierung und der Presse mitzuteilen und habe dies getan, sobald der andere, der um sein Leben besorgt war, sich in Sicherheit befand.

Im Verlauf seiner Rede wurde Baldwin von Mitgliedern der Arbeiterpartei wiederholt stürmisch unterbrochen Anschließend kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Generalstaatsanwalt Sir Douglas Hogg und Macdonald.

Hogg erklärte, eine Untersuchung würde die Gefahr heraufbeschwören, den Russen zu zeigen, welche Informationsquellen die englische Regierung besitze und welches Mitglied der kommunistischen Partei das Geheimnis verraten habe. Ueber den von Baldwin erwähnten Mr. Imthurn sagte der Generalstaatsanwalt, er sei ein Gentleman, der in der Londoner City eine sehr verantwortliche Stellung habe und den meisten City-Leuten bekannt sei; er erfreue sich des besten Rufes und habe keine Beziehungen zu einer politischen Partei oder zur Regierung. Die Quelle, aus der seine Information stamme, sei keine der Informationsquellen der Regierung. Schließlich wurde der Arbeiterantrag mit 326 gegen 132 Stimmen abgelehnt.

Der Zwischenfall auf der Royal Oak.

× **London,** 19. März. Im Unterhause gab heute der erste Lord der Admiralität, Bridgeman, die von ihm in Aussicht gestellte Erklärung über den Zwischenfall auf der Royal Oak ab. Bridgeman lehnte es dabei ab, den Gegenstand des Streites der drei Offiziere zu nennen und stellte im wesentlichen nur fest, daß am 10 März unmittelbar vor dem Auslaufen der Flotte der Kapitän und der Kommander der „Royal Oak", dem Kontreadmiral Collard eine schriftliche Erklärung übergaben, die sich auf verschiedene Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Konteradmiral und den beiden Offizieren bezogen. Bridgeman erwähnte dann den bekannten Kompromißvorschlag des Oberbefehlshabers der Flotte, daß Konteradmiral Collard seine Flagge auf der „Resolution" hissen lasse. Aus persönlichen Gründen, die ihm durchaus zur Ehre gereichten, habe, so erklärte Bridgeman, der Konteradmiral es vorgezogen, das Schiff sofort zu verlassen.

÷ **London,** 19. März. Wie verlautet, wird das kriegsgerichtliche Verfahren wegen des Royal-Oak-Zwischenfalles in ungefähr zehn Tagen an Bord eines Kriegsschiffes im Hafen von Gibraltar stattfinden.

Ein englisches Fischerfahrzeug untergegangen.

× **London,** 19. März. Ein englisches Fischerfahrzeug erlitt auf der Höhe der Orkney-Inseln Schiffbruch. Acht Personen kamen ums Leben.

Schweres Flugzeugunglück in den Vereinigten Staaten.

)) **Wilmington** (Delaware), 19. März. Beim Absturz eines Flugzeuges infolge Abbrechens der Tragfläche fanden die vier Insassen den Tod. Zwei Kinder, die an der Unfallstelle gespielt hatten, wurden verletzt, das eine schwer.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 20. März 1928.

z. **Personalnotiz.** Herr Lehrer Köning aus Liedern ist von der Regierung zu Münster zum 1. April ds. Js. an die Schule V (Kreuzberg) versetzt worden.

z. **Arbeitsjubiläum.** Der Spinnmeister Leonhard Strauch feierte am 18. März sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Franz Beckmann & Co. Aus diesem Anlaß erhielt er seitens der Firma und von den Belegschaftsarbeitern schöne Geschenke.

m. **Arbeitsjubilare.** Herr Bernhard Hamm kann in diesem Monat auf eine 30jährige, ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Jul. Höing zurückblicken. Zum gleichen Zeitpunkte ist Herr Franz Nergert 25 Jahre bei derselben Firma in Stellung. Aus diesem seltenen Anlaß hatten sich am vorigen Sonntag die Jubilare mit ihren Angehörigen, die Vertreter der Behörden und der Firma, zu einer eindrucksvollen Feier im Mittelstandshaus zusammengefunden. Der Obermeister der Innung und Herr Dr. Hoffmann hoben mit warmen Worten die Verdienste der beiden Herren hervor, die ein schönes Beispiel treuer Pflichterfüllung und Ausdauer bieten. Herr Jul. Höing überreichte Herrn Hamm und Herrn Nergert zum Zeichen der Anerkennung und des Dankes ein Andenken mit entsprechender Widmung. Hoffentlich ist es ihnen beschieden, noch recht lange ihre Arbeit bei der Firma fortzuführen.

z. **Hohes Alter.** Herr Johann Teserth, Weberstraße, vollendete gestern sein 75. Lebensjahr. Der Jubilar, der sich großer Beliebtheit erfreut, ist seit vielen Jahren Vorsitzender des Kneipp-Vereins. Unter seiner Leitung konnte der Verein, der sich die Förderung naturgemäßer Lebensweise zum Ziel gesetzt hat, einen erfreulichen Aufschwung nehmen. Da Herr Teserth noch gesund und frisch ist, darf man hoffen, daß er noch viele Jahre im Kneipp-Verein erfolgreich zu wirken vermag. Dem Jubilar entbieten wir unseren herzlichsten Glückwunsch!

z. **Ein erfolgreicher Hundezüchter.** Auf der Internationalen Hunde-Ausstellung am 18. März in Solingen erhielt der Bernhardiner „Bemno von Fürstenberg", Besitzer Peter Schneider, Bocholt, den 1. Preis mit dem Prädikat „Sehr gut" und einen Ehrenpreis.

m. **Städtisches Kino „Rotenburg".** Auch im Monat März hat das Schulkino „Rotenburg" seine Pforten wieder geöffnet. An Filmen werden in diesen Tagen den Schulen geboten „Das Volk der schwarzen Zelte" und „Im Strudel des Verkehrs". Die männlichen Jugendvereine sehen den Film „Alpenglühen", den weiblichen Jugendvereinen wird der Film „Das deutsche Mutterherz" vorgeführt. Für die Mitglieder des Stadtverbandes für Leibesübungen soll der Film „Der Sport, eine Quelle von Kraft und Gesundheit" laufen. Auch allgemeine Vorführungen sind vorgesehen und zwar am Dienstag, den 20. März, um 8,30 Uhr „Im Strudel des Verkehrs" und ein Lustspiel. Mit den Vorführungen am Sonntag, den 25. März für die Sportvereine, sind die Darbietungen des Schuljahres 1927 abgeschlossen.

n. **Studientag des Liebfrauenbundes ehemaliger Schülerinnen.** Der Liebfrauenbund ehem. Schülerinnen ladet die ehemaligen Schülerinnen des Lyzeums herzlich zu einem Studientag ein, der am Sonntag, den 25. März unter Leitung des hochw. Herrn Kaplan Mertens im Marien-Lyzeum gehalten wird. Die Vorträge werden u. a. Literatur und Kunstgeschichte behandeln, so daß es wünschenswert ist, daß die ehemaligen Schülerinnen sich recht zahlreich an diesem Studientage beteiligen. Anmeldungen wolle man bis Donnerstag, den 22. März im Lyzeum machen. Die Tagesordnung ist aus der heutigen Anzeige ersichtlich. Zur Deckung der Unkosten wird der Betrag von 2,— Mark erbeten.

n. **Stenographie-Kursus.** Am Mittwoch abend 7,45 Uhr eröffnet der Reichskurzschriftverein Gabelsberger einen neuen Lehrgang in der Reichskurzschrift, wozu schon jetzt zahlreiche Anmeldungen vorliegen. Um eine genaue Uebersicht über die Teilnehmerzahl zu bekommen, ist die vorherige Anmeldung wünschenswert. Noch heute, in der Zeit des Ueberangebots an Arbeitskräften, herrscht eine lebhafte Nachfrage nach tüchtigen Stenographen. Hiesige Firmen sind gezwungen, auswärtige Kräfte einzustellen. Der Unterricht wird von einem staatlich geprüften Stenographielehrer erteilt, so daß für gründliche Ausbildung bei gutem Fleiß des Teilnehmers garantiert werden kann. Anmeldungen werden in der Druckerei Büssing, Osterstraße 21, entgegen genommen.

Aus Kunst und Leben.

Lokal- und Instrumental-Konzert. — III. Hauptkonzert des M. G. V. „Sängerbund".

Das III. Hauptkonzert des M. G. V. „Sängerbund" am Sonntag, den 18. März, im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins war dem Andenken des großen deutschen Liedmeisters Franz Schubert gewidmet. An der Durchführung des überaus abwechselnd gestalteten Programms waren beteiligt der Männerchor, der dem Verein angeschlossene Frauenchor des „Sängerbundes", Fräulein Hellcha Ignaschak (Sopran) Essen, eine 36 Musiker zählende Gruppe des städtischen Orchesters Essen (Leitung W. Neukirchner), am Flügel Herr Sieverding, Bocholt, am Harmonium Herr Unland, Bocholt. Der II. Satz aus der C-dur-Symphonie von Schubert gab einen stimmungsvollen Auftakt zu dem großen, wirkungsvollen Chor „Die Allmacht" für Männerchor, Sopransolo und Orchester, wobei diesmal die Harfe durch den Bechsteinflügel, die Orgel durch das Harmonium mit Geschick ersetzt wurde. Auf dem kräftigen, sicheren Unterbau des Orchesters entwickelte der Chor seine vorzüglichen Stimmittel in bester Weise; die durchaus ergiebige, wenn auch in den hohen Lagen nicht immer gleich klangschöne Sopranstimme hatte im Forte der Partner Mühe genug, sich wirksam durchzusetzen. Wie der Männerchor, so bewies nicht minder der Frauenchor fleißige Schulung der Stimmen und offensichtig eine starke innere Anteilnahme an dem musikalischen Geschehen. Dieses freudige Zufassen führte bei dem Liede „Mein" in der ersten Strophe zu einer die Wirkung vorübergehend etwas störende Uebersteigerung der Tonhöhe. Im übrigen erfreuten die Chordarbietungen sowohl des Männerchores wie des Frauenchores auch durch sichere Intonation. Eine geringe Stimmschwankung des Männerchores in der Romanze aus Rosamunde konnte die Gesamtwirkung nicht beeinträchtigen. Sehr dankbar wurden die köstlichen deutschen Tänze von Schubert, bearbeitet für Chor mit Orchester, aufgenommen. Dieser aus 11 charakteristischen Gestaltungen zusammengesetzte Cyklus stellt an die stimmliche Leistungsfähigkeit nicht eben geringe Anforderungen. Für den Musikfreund war es besonders anziehend festzustellen, wie in diesen Tongebilden des melodiereichen Meisters die Nähe des Volkstümlichen mit Glück gefunden wird. Die Begleitung der Solo-Lieder durch Klavier und Harmonium erwies sich als wenig glücklich. Besser hätte man hier das Harmonium weggelassen und dafür dem Klavier, wie es Schubert will, mehr Betonung gegeben. Die Verteilung des kurzen Liedes „Der Tod und das Mädchen" an zwei Klanggruppen (Sopransolo-Männerstimmen) war gut gemeint störte aber mehr die einheitliche Wirkung als sie zu vertiefen. Die aus genialer Sicherheit erflossene ursprüngliche Form verbessern zu wollen, ist immer ein undankbares Unternehmen. Das Orchester bewies auch in dieser mehr oder weniger zufälligen Zusammensetzung und Leitung eine sichere Art, dem Melodiereichtum der Schubertschen Orchestersätze gerecht zu werden sowohl in der Spielmusik aus der C-dur-Symphonie wie auch in der Herausarbeitung der ergreifenden Tragik des I. Satzes der unsterblichen „Unvollendeten"; dagegen war der Vortrag des ungemein feinen II. Satzes zu nüchtern und wußte die verborgenen Ausdrucksarten dieser Perle Schubertscher Orchesterlyrik nicht voll auszuschöpfen. Wir wünschen dem M. G. V. „Sängerbund" und seinem Dirigenten, Herrn Overheidt, Wesel, Glück zu diesem Schubert-Konzert, das in seiner Vielseitigkeit jedem Besucher eine Feststunde mit Schubert verschafft hat. O—f.

* * *

v. **Rhede**, 19. März. **Kath. Gesellenverein.** Am vergangenen Sonntag, abends 8,30 Uhr, fand im Vereinslokale eine Generalversammlung des kath. Gesellenvereins statt. Der Präses Herr Kaplan Deiters begrüßte die zahlreich Erschienenen und erstattete den Jahres- und den Kassenbericht. Beide Berichte waren günstig für den Verein und wurden beifällig aufgenommen. Nach kurzer Aussprache gab der Herr Präses sodann noch den Bericht von der letzten Bezirkspräsidesversammlung in Münster am 12. ds. Mts., wo u. a. auch beschlossen wurde, einen Vertreter der kath. Gesellenvereine als Abgeordneten in den Reichs- und Landtag zu wählen. Bisher hatten die kath. Gesellenvereine in politischer Hinsicht wenig Einfluß, besonders in den Parlamenten. Bei der darauf getätigten Vorstandswahl wurden folgende Mitglieder neu gewählt bezw. wiedergewählt: Gerhard Middelkamp, Heinrich Hengstermann, Heinrich Ide, Engelbert Höing, Anton Tacke und Bernhard Tüshaus. Als Ersatzmann wurde Heinrich Rademacher gewählt. Als Fähnriche wurden gewählt Heinrich Tacke, Paul Hams und Gerhard Frenk. Ein darauf folgender Lichtbildervortrag, betitelt „Wider die Schuldlüge", zeigte, wie die führenden Männer der ehemaligen Feindbundstaaten systematisch die sogenannte Einkreisungspolitik gegen Deutschland vollzogen haben. Nach mehreren gemeinschaftlichen Liedern wurde die Versammlung vom Herrn Präses mit dem Kolpingsgruße geschlossen.

* **Selm**, 19. März. **Schwerer Unfall.** Das Kind des Schneidermeisters D. hing sich an eine Feldwalze, die bei dem Gutsbesitzer Sp. von hier gerade das Ackerland walzte. Trotz aller Warnungen hielt sich das Kind immer wieder an der Walze fest, bis es mit einem Teil des Körpers darunter geriet. Es wurde an Kopf und Brust so schwer verletzt, daß es davongetragen werden mußte.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg**, 19. März. **Aerztliche Untersuchung der schulpflichtigen Kinder.** Die Untersuchung der Kinder, welche zu Ostern in die Volksschule aufgenommen werden, durch den Schularzt Dr. Kloß, findet für die Mädchen am Donnerstag, den 22. März, vormittags 9,30 Uhr, für die Knaben am Mittwoch, den 21. März, vormittags 9,30 Uhr statt.

—t. **Isselburg**, 19. März. **Verband der Pfarrcäcilienvereine der Dekanate Emmerich — Rees.** Die den Dekanaten Emmerich und Rees angehörigen, dem Allgemeinen Cäcilien-Verein untergeordneten Pfarr-Cäcilien-Vereine haben sich zu dem Verband der kirchlichen Cäcilien-Vereine der Dekanate Emmerich — Rees zusammengeschlossen. Der Zweck des Verbandes ist Hebung und Förderung der kath. Kirchenmusik im Sinne und Geiste der hl. Kirche auf der Grundlage der liturgischen Gesetze und Verordnungen. Diesen Zweck sucht der Verband zu erreichen durch Verbreitung kirchenmusikalischer und liturgischer Kenntnisse, besonders durch das Lesen geeigneter Fachzeitschriften und Abhalten von Choralkursen sowie Abhalten von Dekanats-Cäcilienfesten. Auch in diesem Jahre soll wieder ein Dekanats-Cäcilienfest veranstaltet werden. Zur Vorbereitung dieses Festes findet am Montag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr in Empel im Lokale Rüter eine Generalversammlung statt. Alle Pfarrchöre haben das Recht und die Pflicht, daran teilzunehmen. Stimmberechtigt sind von jedem Pfarrchor 3 Mitglieder, der Präses, Dirigent und ein Mitglied. Dieselben können sich auch vertreten lassen.

— **Isselburg**, 19. März. **Die Dampfwalze an der Arbeit.** Der langgehegte Wunsch der Autofahrer, einen direkten Fahrweg von Millingen nach Isselburg zu bekommen, wird jetzt in Erfüllung gehen. Der Weg wird als Kunststraße ausgebaut werden.

— **Wesel**, 19. März. **Städtische Musikveranstaltung.** Im Rahmen der Städtischen Musikveranstaltungen Wesel führt am Sonntag, den 25. ds. Mts. der Musikverein Wesel neben einer Bachkantate Brahms Deutsches Requiem auf. Auch der hiesigen musikliebenden Bevölkerung kann der Besuch dieser Veranstaltung nur warm empfohlen werden. Der Kartenvorverkauf für Bocholt findet statt in der Geschäftsstelle des „Bocholter Volksblattes", Realschulstraße 14.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **S. V. Biemenhorst.** Die 1. Mannschaft, die am Sonntag mit einigen Ersatzleuten der 2. Elf des F. C. 1900 gegenüber stand, mußte sich mit 2:4 geschlagen bekennen. — Das Spiel der 2. Mannschaft kam nicht zum Austrag, da Friedrichsfeld nicht antrat. — Die 2. Jugend, die gegen die gleiche Jugend vom F. C. Olympia spielte, brachte eine 1:4-Niederlage heim.

:: **Sportklub 1926.** Die zweite Mannschaft spielte gegen Olympias Reserve und verlor knapp 5:6. Bis Halbzeit führten die 26er mit 4:1. Nach der Pause können die Grünweißen mehrere Tore erzielen und mit Hilfe zweier Selbsttore mit obigem Ergebnis gewinnen. Ein unentschiedenes Resultat wäre dem Spielverlauf entsprechender gewesen. — Die erste Jugend trug ihr letztes Pflichtspiel gegen die erste Jugend von Wesel Feldmark aus und konnte dieses mit 2:1 gewinnen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Vorläufiges Wohnungsbauprogramm für 1928. — 50 000 Mark für Notwohnungen. — Barablösung der Stadtanleihe von 1890. — Ablehnung der Biersteuer. — Ankauf von Straßenparzellen, Festsetzung der Straßenbaukosten und Fluchtlinienänderung. — Vertrag mit der Reichseisenbahngesellschaft.

Gestern fand im Anschluß an eine geheime Sitzung um 6 Uhr eine öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums statt, in der unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Schmitz anwesend waren: Bürgermeister Brockhoff, Stadtschöffe Hölscher, Verwaltungsdirektor Wilms als Protokollführer und 24 Stadtverordnete. Trotz der äußerst harmlosen Tagesordnung zeigten sich besonders die Kommunisten wieder äußerst redelustig. Während Stadtverordneter Schmitz wieder eifrig „ausdrücklich feststellte", erging sich der Stadtverordnete Gräber verschiedentlich in längeren Ausführungen, in deren geheimnisvolles Dunkel einzudringen uns trotz der gespanntesten Aufmerksamkeit nicht gelungen ist. Ein allzu großer Nachteil dürfte das auch nicht sein. Im Uebrigen fanden die einzelnen Punkte die Erledigung, die man vorher schon erwarten konnte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Oberbürgermeister Dr. Schmitz des Ablebens des Polizeioberinspektors Korn, eines verdienten städtischen Beamten, der sich durch sein liebenswürdiges Wesen und seine Tätigkeit die Sympathien seiner Mitarbeiter sowohl wie auch der Bevölkerung erworben habe. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Nach einigen reichlich geschmacklosen Bemerkungen des Stadtverordneten Schmitz verliest der Vorsitzende ein Schreiben der Stadtverordneten Gräber und Schlatt, in dem sie sich mit ihrem aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Genossen Schmitz solidarisch erklären und unter seiner Führung als Drei-Männer-Fraktion weiter wirken wollen.

Darauf wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Wahl der Kommissionen.

Die für das Jahr 1927 gewählten Kommissionen werden für das Jahr 1928 wiedergewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Emil Cohen wird in die Rechnungskommission Stadtverordneter Theo Schwartz und in die Baukommission Stadtverordneter ten Hompel gewählt.

2. Wohnungsbau 1928 und Bewilligung weiterer Mittel für die Notwohnungen.

Bei der Stadtsparkasse sollen 250 000 Mark aufgenommen werden, die mit dem üblichen Sparkassenzinssatz für Darlehen verzinst und mit mindestens 2 Prozent jährlich unter Zinseszuwachs getilgt werden sollen. Diese Summe soll in Form von Hypotheken wie bei der Hauszinssteuer an die „Heimstätte", den Bauverein und an sonstige Baulustige vergeben werden. Die Tilgung dieser Hypotheken soll mit 1 Prozent sofort beginnen. Die Vergebung der einzelnen Hypotheken wird der Baukommission überlassen, die insbesondere einen größeren Teilbetrag, etwa 50 000 Mark für den Bau von Notwohnungen verwenden soll. Für die Darlehnsbeschaffung zum Zwecke des Wohnungsbaues in obigem Sinne soll ein Jahresbetrag in Höhe von 18 000 Mark auf den Etat übernommen werden.

Zunächst führt der Vorsitzende aus, daß im Jahre 1926 130 Neubauwohnungen geschaffen worden seien, davon 118 unterstützt durch Hauszinssteuer- und städtische Darlehen.

Im Jahre 1927 entstanden 218 Neubauwohnungen, davon 194 mit Zuschüssen aus Hauszinssteuer- und städtischen Darlehen.

Für das Jahr 1928 liegen zur Zeit 50 private Anträge um Bewilligung von Mitteln zum Neubau von Wohnungen vor, die genehmigungsfähig sind. Der Bauverein will 45—50, die Baugenossenschaft „Heimstätte" der kath. Arbeitervereine 50 Wohnungen errichten, das sind zusammen 145—150 Wohnungen.

Die Deckung des Geldbedarfes zum Wohnungsbau gestaltet sich in diesem Jahre äußerst schwierig. Da der Reichsbankpräsident Schacht eine Bewilligung von Auslandsanleihen für Wohnungsbauzwecke ablehnt, da er diese nicht für eine produktive Anlage hält, ist der Geldmarkt sehr verengt.

Für Bocholt ist es erfreulich, daß die städtische Sparkasse dank ihrer günstigen Entwicklung in der Lage ist, der Stadt eine Summe von 250 000 Mark zur Verfügung zu stellen, die analog den Hauszinssteuerhypotheken vergeben werden sollen. Da von dieser Summe 50 000 Mark für den Bau von Notwohnungen verwandt werden sollen, so bleibt eine Summe von 200 000 Mark. Dazu kommt das Aufkommen aus der Hauszinssteuer mit rund 180 000 Mark, zusammen 380 000 Mark, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Krüger führt aus, daß diese Summe zum Bau von höchstens 90 Wohnungen ausreicht, nicht zur Finanzierung des beantragten Wohnungsbedarfs von rund 150 Wohnungen. Die Rechnungskommission möge aus den Ueberschüssen bei den Rechnungsabschlüssen weitere Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Stadtverordneter Jakob betont, daß dringend versucht werden müsse, mehr Wohnungen zu bauen als auf Grund der vorliegenden Gelder möglich sei.

Stadtverordneter Gräber wünscht, daß Notwohnungen auch für kinderreiche Familien, also mit mehr Räumen errichtet werden.

Stadtverordneter Ludwig bittet, das Bauprogramm als Mindestprogramm gelten zu lassen und nach etwa 5 Monaten erneut zu versuchen, weitere Mittel für den Wohnungsbau zu erhalten.

Stadtverordneter Ebbing stellt den Antrag, daß die Stadt sich um eine Anleihe von mindestens ½ Million Mark für den Wohnungsbau bemühen soll. Gleichzeitig beantragt er, daß bei den Etatsberatungen eine Summe eingesetzt werden soll für diejenigen, die durch Aufstocken ihrer Häuser neue Wohnungen schaffen wollen.

Stadtverordneter Schmitz unterstützt diesen Antrag und beantragt weiter, die nach dem Vorschlag der Rechnungskommission jährlich in den Etat einzusetzende Summe von 18 000 Mark auf 35—40 000 Mark zu erhöhen und für den Bau von geräumigen Notwohnungen mit 4 Zimmern 150 000 Mark bereitzustellen.

Stadtverordneter Jakob schlägt vor, alle diese Anträge zur Beratung an die Rechnungskommission zu verweisen und das vorläufige Bauprogramm anzunehmen.

Die Versammlung beschließt darauf in diesem Sinne.

3. Kreditbeschaffung.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den vorübergehend erforderlichen Kredit für bereits beschlossene Projekte zur bestmöglichen Verzinsung hereinzunehmen.

Zu diesem Punkt teilt der Vorsitzende mit, daß die Hoffnung der Stadt Bocholt, schon jetzt über die Auslandsanleihe verfügen zu können, nicht in Erfüllung gegangen sei, daß nach seinen Informationen vielmehr vor Oktober nicht damit zu rechnen sei. Zur Durchführung der bereits beschlossenen Projekte (Straßenausbau usw.) sei ab 1. Mai mit einem monatlichen Geldbedarf von 150 000 Mark zu rechnen, mit einer Gesamtsumme von 800 000 Mk.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung.

4. Barablösung der Stadtanleihe von 1890.

Von den im Umlauf befindlichen 174 000 Papiermark Stadtanleihe aus dem Jahre 1890 ist ein Betrag von zusammen 170 000 Papiermark als Altbesitz zum Umtausch in Anleiheablösungsschuldverschreibungen bei der Stadtverwaltung angemeldet worden. Mit Rücksicht auf den verhältnismäßig niedrigen in Frage kommenden aufzuwertenden Betrag wird eine Barablösung zum Aufwertungssatz von 12½ Prozent bei sofortiger Zahlung beschlossen.

5. Einführung einer Biersteuer.

Der von der Verwaltung vorgelegte Antrag auf Einführung einer Biersteuer in Höhe von 7 Prozent des Herstellerpreises wird von der Versammlung abgelehnt.

6. Hundesteuer 1928.

Die Hundesteuer soll wie im Jahre 1927 bestehen bleiben. Die Sätze sind 12,— Mark für den ersten Hund, 40,— Mark für den zweiten und 80,— Mark für den dritten und jeden weiteren Hund.

7. Ankauf von Straßenparzellen.

a) an der Dingperloer Straße. An der Dingperloer Straße sollen kleinere Straßenparzellen von dem Kaufmann Alois Terstegge, groß 0,26 ar, und von dem Bauunternehmer August Hülskamp, groß 0,75 ar, erworben werden. Der Preis beträgt 300 Mark pro Quadratrute.

b) Abtretung von Straßengelände zur Schützenstraße. Witwe Wilhelm Steenkamp und Invalide Hermann Schmeink treten das in die Schützenstraße fallende Gelände unter den üblichen Bedingungen an die Stadt ab.

Bei diesem Punkt kommt es zu einer längeren Debatte über den in einer früheren Sitzung bereits erwähnten Streitfall zwischen der Firma D. Friede und dem Anwohner Gebing, an der sich hauptsächlich die Stadtverordneten Ebbing und Schlatt beteiligen.

Bürgermeister Brockhoff erklärt, daß gegenwärtig keine Handhabe zu einem öffentlich-rechtlichen Einschreiten gegeben sei, daher nur der Weg der Zivilklage übrig bleibe. Die Stadt werde aber bemüht sein, den unangenehmen Zustand zu beseitigen.

c) Austausch von Gelände an der Ostmauerstraße. Johann Müller an der Ostmauerstraße tritt das in die Fluchtlinie der Ostmauerstraße fallende Gelände ab und erhält dafür die hinter seinem Grundstück liegende Stadtgrabenparzelle.

8. Festsetzung der Straßenbaukosten für die Blücherstraße, Knappenstraße, Schwanenstraße und Festsetzung der Beiträge für die Erneuerung der Bürgersteige Hohenstaufenstraße.

Die Abmachungen über die Kosten der ersten Einrichtung des Fahrdamms einschließlich Rinne und Bordsteine, ferner der Beleuchtungsvorrichtung für die Blücherstraße, Knappenstraße und Schwanenstraße werden genehmigt. Die von den Anliegern zu erhebenden Kosten werden für die Blücherstraße auf 63,36 Mark, für die Knappenstraße auf 32,90 Mark und für die Schwanenstraße auf 61,93 Mark je laufenden Meter festgesetzt.

Genehmigt wird ferner die Abrechnung über die Erneuerung der Bürgersteige an der Hohenstaufenstraße. Die Kosten betragen laut Abrechnung 5069,84 Mark. 80 Prozent dieser Kosten sollen auf die Anlieger mit Rücksicht auf die diesen gewährten Vorteile umgelegt werden.

9. Abänderung der Fluchtlinien der Urbachstraße, Elsaßstraße, der projektierten Straßen 18 und 20 und Aufhebung der Fluchtlinie der projektierten Straße Nr. 19.

Der Punkt wird von der Versammlung genehmigt.

10. Vertrag mit der Reichsbahngesellschaft betreffend Straße Am Bahnhof und Rheder Straße.

Der mit der Reichsbahngesellschaft abzuschließende Vertrag betreffend Geländeerwerb und Austausch für die Durchführung der projektierten Straßen Am Bahnhof und Uebereignung der städtischen Besitzung an der Knappenstraße sowie Uebernahme der Rheder Straße wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt, worauf die Sitzung gegen 7,30 Uhr geschlossen wird.

Aus der Deutschen Turnerschaft.

Denkt an die Ferien zum 14. Deutschen Turnfest.

Die Deutsche Turnerschaft hat sich vor einigen Wochen an die verschiedenen Ministerien im Reiche, die Deutsche Reichsbahngesellschaft, den Deutschen Städtetag und an die führenden wirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände gewandt, wegen der Notwendigkeit, den Teilnehmern beim 14. Deutschen Turnfest Urlaub zu gewähren. Erfreulicherweise haben eine Reihe von Verbänden ihre Unterstützung und Mitarbeit in dieser Frage in Aussicht gestellt, ebenso haben die staatlichen Behörden entsprechende Hinweise an die Dienststellen wegen Urlaubsgewährung erlassen. — Es liegt nun an den Turnern und Turnerinnen selbst, rechtzeitig Schritte zu unternehmen, damit der Besuch des 14. Deutschen Turnfestes möglich ist.

Briefkasten.

D. M. 100. Anfragen ohne Namensunterschrift werden nicht beantwortet. Sie wollen uns also bitte Ihren Namen angeben, der selbstverständlich von uns geheim gehalten wird.

Verantwortlich für den Hauptteil: für Politik Chefredakteur Dr. Maser, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Fischer und Dr. Häfner, Berlin SW, 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. W. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

Fahrt DUNLOP Reifen

Turnverein Bocholt e. V.

Zur Aufstellung der Mannschaften für den

Frühjahrswaldlauf

anläßlich der **Einweihung des Städt. Turn- und Spielplatzes** an der Industriestr., werden alle Vereinsmitglieder, auch die Knaben gebeten, sich heute abend in der Turnhalle zu versammeln. **Der Sportwart.**

Stenographie.

Am **Mittwoch, 21. März, abends 7,45 Uhr** beginnt im Lehrlingssaale des Gesellenhauses ein

neuer Anfangskursus in der Reichskurzschrift.

Anmeldungen werden in der Druckerei **Büssing, Osterstraße 21,** entgegengenommen.

Um rege Beteiligung wird gebeten.

Reichskurzschriftverein
vorm. Gabelsberger 1878.

Städt. Musikveranstaltung
Wesel.

Sonntag, den 25 März, abends 8 Uhr in der Messehalle

Brahms:

Ein deutsches Requiem

Bach: Kantate

„Ich habe genug"

unter Mitwirkung bekannter Solisten.

Karten im Vorverkauf für Bocholt bei J. & A. Temming Realschulstraße 14.



„Herba-Seife" beseitigt Hautunreinigkeiten, Pickeln, Mitesser, Runzeln, Flechten, Sommersprossen usw. Mit Herba-Seife erzielt man wohlgepflegten Teint. Glänzende private und ärztliche Anerkennungen. Erhältlich in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Friseurgeschäften.

Schwarzburg i. Thür.

Pädagogium, Reformrealgymnasium u. Oberrealschule m. intern. Sexta-Oberprima. Staatl. Obersekundareife und Abitur a. d. Anst. Energ. Erzieh. zu Fleiß, Pflichtgef., Höflichk., Acht vor Erwachs. Straff. Unterricht Arbeitsstd. u. Aufs. Turnen, Ward., Rasen-, Winter port, Gartenarb. Kleine Klassen. Individ. Behandlung. Direktor P. Vassel.

Drogerie
A. Steiner & Grote
Nordstr. 9

empfiehlt
Freß- und Mastpulver für Schweine, Beruhigungspulver, Freßpulver für Kühe und Pferde, Phosphorkalk, Viehlebertran,
anerkannt wirksam.
Reelle und fachmännische Bedienung.

Achtung!
Landwirte u. Hühnerzüchter!

Bei Neuanschaffung von **Brutmaschinen, Kunstglucken, Hühnerställen, Rahmen für Mistbeete usw** wende man sich bitte an
Otto Schiffbauer, Suderwick.
Gute Ware, billige Preise
Bei Anfragen Rückporto beilegen.

Obst- und Gartenbauverein
für Bocholt und Umgegend.

Am Dienstag, den 20. ds. Mts., um 20½ Uhr findet im Bürgerkrug ein

Vortrag

des Kreisobstbauoberinspektors Herrn Mey **über Obst- und Gemüsebau** statt. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

Der Vorstand.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, Sonntag nacht 2 Uhr unsern lieben treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel den wohlachtbaren

Herrn Stephan Holtmann

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach langer Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 69 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Duisburg, Hemden den 19. März 1928.

Das hl. Seelenamt findet statt am Donnerstag morgen 7¼ Uhr, in der Liebfrauenkirche, danach die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu frdl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so wird gebeten, diese als solche betrachten zu wollen.

Musikverein Bocholt
KONZERT

Sonnabend, den 24. März 1928, abends 8 Uhr im großen Saale des Schützenhauses.

Passions-Kantaten
von Joh. Seb. Bach

Leitung: **Fritz Schlüter, Bocholt.**
Solisten: **Gisela Derpsch, Köln,** Sopran / **Paulita Dane, Düsseldorf,** Alt / **Hans Schuberth-Meister, Chemnitz,** Tenor / **Carl Burchard Kaiser, Berlin,** Baß
Chor: **Der Chor des Musikvereins** / Orchester: **Städtisches Orchester Münster** / Cembalo: **Werner Gühre, Münster** Orgel: **Leo Uuland, Bocholt.**

Karten im Vorverkauf bei den Mitgliedern und in der Buchhandlg. Neyenhaus, Ravardistraße. Numerierter Platz 3.00 und unnumerierter 2.00 Mark.

Jbach-Pianos
seit 130 Jahren
im Gebrauch, unübertroffen in Klang und Solidität.
In allen Weltteilen über 92000 verkauft.
Sie kaufen in bequemen Raten ohne jeden Aufschlag zu dem Verkaufspreis der Fabrik am besten beim Fachmann.
Alleinvertr. **J. Rindlisbacher** Bocholt i. W.
Nordstr. 52 Klaviermacher Telef. 2217

Nebenverdienst
für Beamte a. D.

Vertrauensvertretung

an durchaus zuverlässige Herren überall **zu vergeben,** die gewandt im Verkehr mit Privatpersonen aller Stände, für äußerst gediegenes und erfolgreiches gemeinnütziges Unternehmen zu werben verstehen. Weitgehendste Reklameunterstützung. Gute Provision. (Kein Warenverkauf, keine Versicherung.) Bei entsprechender Leistung angenehmes Nebeneinkommen.

Angebote mit Lichtbild unter Angabe des Alters und Referenzen unter **L. B 4641** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Für Qualitätsarbeit

in Färberei und chemischer Reinigung von Herren- und Damen-Garderobe, Kinderkleidern, Pelzen, Fellen, Vorlagen usw. bietet Ihnen Gewähr

J. Ingenschay, Bocholt i. W.
Casinowall 9. Fernsprecher 2347.

Erbitte Sachen, die zu Ostern gereinigt oder gefärbt werden sollen, frühzeitig, da ich in den letzten Wochen für pünktl. Rücklieferung nicht garantieren kann.

Fachbetrieb größter und leistungsfähigster Art.

Capitol-Theater

Gewaltiges Aufsehen erregt
Dienstag + Mittwoch + Donnerstag
der große Parufametfilm



HOTEL STADT LEMBERG (HOTEL IMPERIAL)
MIT **POLA NEGRI**
nach dem Roman von Ludwig Biro
KÜNSTL. OBERLEITUNG: ERICH POMMER
REGIE: MAURITZ STILLER

Pola Negri spielt die Hauptrolle in diesem verfilmten Meisterdrama von **Ludwig Biro.**
Ein Film ganz großen Formats in **8 Akten.**
Pola Negri, der Weltstar, Mauritz Stiller, der große schwed. Regisseur, Erich Pommer, der Schöpfer des deutsch. Kunstfilms, verflechten hier ihr Genie zu einer Universalleistung höchsten Ranges.

Jeder wird entzückt sein von unserem **2. köstlichen Filmwerk:**

Hallo Cäsar!



Ein heiteres Filmspiel aus dem Artistenleben eines Jongleurs und seiner Karriere in 8 Akten.
Der ganze trockene, groteske Humor des Meisterschauspielers **Reinhold Schünzel** komm' in diesem Bildstreifen zur vollen Entfaltung.

Außerdem der humoristische Teil.

Fahrräder werden aufbewahrt.

Nur 3 Tage!

Der Riesenerfolg in allen größeren Städten Deutschlands veranlaßt mich, auch am hiesigen Platze ein Probewaschen abzuhalten.
Ein

Waschwunder in Bocholt

Es ist ein kleiner, neuerfundener, durch D. R.-Patent geschützter Apparat, der in 2 Stunden mehr Wäsche sauber wäscht, als manche Hausfrau in 2 Tagen und zwar unter größter Schonung der Wäsche, ohne Kochen, ohne Waschbrett, ohne Bürste, mit nur der Hälfte der bisher gebrauchten Seife. Kein Trichter, kein Apparat in den Kessel zu setzen. Kein tagelanges Quälen mehr. Die große Wäsche sonst tagelang dauernd, in 2 Stunden fertig zum Aufhängen. Sie können sich vollständig kostenlos von der wunderbaren Leistung überzeugen. Das

Probewaschen

findet statt am
Mittwoch, Donnerstag und Freitag, nachmittags 4 Uhr im Gasthof „Zum Lindenhof" Ravardistraße
Jede Hausfrau komme u. überzeuge sich.
Eintritt frei!
Schmutzige Wäsche bitte mitbringen!
Nach 5 Minuten Waschen erhalten Sie dieselbe sauber gewaschen zurück. Der Preis des Apparates ist so gering, daß jede Frau sich denselben anschaffen kann.

RADIO-Apparate
in allen Preislagen.
Bernh. Eisebrock
Fahrradhandlung
Schützenstr.

Bruns' Fleckwasser
reinigt alle **Bekleidungsstücke aus Wolle, Seide, Leder usw.** v. Schmutz, Schweiß-, Farbe, Oel und ähnlichen Flecken
Tausendfach bewährt.
Drogerie Bruns, Nordstr. 22.

Holland.
Für Holland, Rotterdam, gesucht in den Haushalt ein tüchtiges
Alleinmädchen od. Frau
Briefe zu adressieren an
Frau Reeuwijk, Rotterdam
Binnenweg 113.

T. u. V. Bocholt
Die Wanderabteilung hat Mittwoch 8 Uhr
Versammlung
im oberen Saale.
Diejenigen welche Interesse für Wandern haben, sind freundl. eingeladen

Liebfrauenbund
ehem. Schülerinnen
Sonntag, den 25. 3. 1928,
Studientag
im Lyzeum für die ehem Schülerinnen des Lyz ums.
Leiter: hochw. Herr Kapl. Mertens.
Tagesordnung
8 Uhr hl Messe mit Kommunion, Frühstück, 10½ Uhr 1. Vortrag, 14½ Uhr 2 Vortrag, dann Kaffee. 17 Uhr Andacht mit Schlußvortrag.
Anmeldungen bis Donnerstag, 22.3 1928, im Lyzeum. Für Unkosten 2 RM erbeten.
Der Vorstand. des L. E. S.

Handtasche verloren.
Gegen hohe Belohnung in der Gesch ds. Blattes abzugeben.

Enal ital französ-westerwoldsches
Raygras,
Thimotee, Florin-
Kammgras,
Knaulgras,
Wiesenrispengr.
Wiesenschwingel,
Rotschwingel,
Honiggras
usw
empfiehlt in hochkeimfähiger Saat
Samenhaus Behnen, Nobelstr.

Roggenstroh
hat abzugeben
Heinr. Heller,
Crommert.



Betteinlagen
Verbandwatte
Lysoform
Lysol
Kinder-Seife
Erstlings-Schwämme
empfiehlt die Drogerie
Gebr. Steiner
Markt 8.



Ein 3 Mon. alter **Eber** und mehrere **junge Schweine** zu verkaufen.
Beldkamp, Hemden.

Echte
Schalotten und Steckzwiebeln
zum Pflanzen empfiehlt
Samenhaus Behnen,
Nobelstraße.

Eine Partie gelbfleischige späte Industrie
Pflanzkartoffeln
hat zu verkaufen.
Gerhard Kleuhebling,
Wertherbruch 6.

Hühner!
30 rebhuhnfarbige Italiener (alle legend) zu verkaufen
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Prima Gummi-Unterlagen
in jeder Größe und Preislage.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Für Landwirte!
Größer, gel. a. hier
Leinenschrank
(Eichen) billig zu verkaufen.
Nordwall 34.

Weißer Brennabor-
Kinderwagen
gut erhalten zu verkaufen.
Osterstraße 69.

Ein gut erhaltener
Kinderwagen
sowie eine fast neue
Kinderbettstelle
mit Matratzen spottbillig abzugeben.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Große Bohnen
in 8 Sorten empfiehlt
Samenhaus Behnen,
Nobelstraße.

Westdeutsche Allgemeine
Geflügelzeitung
Bochum
Führendes westd. Fachblatt
Probenummern kostenlos

Rotklee, Schwedenklee, Bastardklee, Weißklee, Gelbklee, Hornschotenklee, Sumpfschotenklee
usw.
empfiehlt in hochkeimfähiger Saat
Samenhaus Behnen, Nobelstr.

Einen
gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten
„Baldravin"
Patentamtlich geschützt unter Nr. 342581. Er enthält sämtliche Extraktivstoffe der Baldrianwurzel in kräftigen Südwein gelöst. Alle Nachahmungen, die als ebensogut angeboten werden, weise man entschieden zurück.
Zu haben in Apotheken und Drogerien, bestimmt in der
Drogerie Oskar Lückerath, Drog. Gebr. Steiner, Markt 8, Drog. A. Steiner & Grote, Hirsch-Apotheke Rhede, Drogerie Th. Schuling, Rhede, Mediz.-Drog. Spangemacher, Borken

Brautpaar sucht beschlagnahmefreie
4-5 Zimmer-Wohnung
Miete kann ½—1 Jahr im Voraus bezahlt w.
Off. unt. B7398 an die Gesch. ds. Bl.

Ein sehr gut erhalten.
Fahrrad
preiswert abzugeben.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Komme Mittwoch mit einer großen Partie
Obstbäume
zum Viehmarkt.
Gerh. Groß-Pöttsng.

Einige 100 eichene
Frechtpfähle
abzugeben.
Essing-Lehmbrock, Büngern.

Ein halbes, fettes
Schwein
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Eisu-Metall-Betten
Stahlmatr., Kinderbetten gün-t. a. Priv. Katal. 2600 frei. **Eisenmöbelfabrik Suhl** (Thür.).



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell sicher u. schmerzlos
Kukirol
Vielmillionenfach bewährt
Packung 75 Pfg.

Bessere ruhige
Wohnung
4 Zimmer sucht Ehepaar mit 1 erwachsenem Kinde.
Off. unter B7397 an die Gesch. ds. Bl.

Kost und Logis
in gutem Hause, Nähe Ravarditor gesucht.
Off. unt. B7391 an die Gesch. ds. Blattes.

In besserem Hause
2 gut möblierte Schlafzimmer mit evtl. möbl. Wohnzimmer
zu vermieten.
Heizung Elktr. Licht u. Badegelegenheit.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein
Mädchen
von 14—15 Jahren für leichte Hausarbeit gesucht.
Frau Witwe Nölting-Lankamp, Crommert.

Gesucht zum 1. April
kath. Mädchen
von 17 bis 18 Jahren, welches zu Hause schlafen kann.
Langenbergstr. 10.

Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.